

Hannover, den 17. 9. 1986

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordneter
Zempel
(SPD)

Konsequenzen aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl

Im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl wurde die Informationspolitik der Landesregierung kritisiert. Besonders heftig wurde aus Kreisen der Bevölkerung das Durcheinander der ermittelten Meßwerte bemängelt bzw. das Nichttätigwerden von Meßtrupps in Standorten mit Kernkraftwerken.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist sie gewillt, in Landkreisen mit Kernkraftwerken ein landeseigenes Meßprogramm einzurichten und die gemessenen Werte am Boden, in der Luft und im Wasser täglich zu veröffentlichen?
2. Beabsichtigt sie, die Katastrophenpläne, die offensichtlich nur für einen eventuellen Unfall des jeweiligen Kernkraftwerks entwickelt worden sind, zu modifizieren, und falls das so sein sollte, wie?
3. Will sie die Bevölkerung weiter über radioaktive Belastungen bei Tieren und Pflanzen — die nach wie vor existieren sollen — informieren, oder hält sie die Auswirkungen nicht mehr für gesundheitsschädlich?

2. Abgeordnete
Frau Tewes
(SPD)

Wahlergebnis in der Stadt Hoya und Förderpolitik der Landesregierung

Der Abgeordnete Schlotmann hat unmittelbar nach der Wahl das günstige Abschneiden der SPD in der Stadt Hoya bewertet und dazu erklärt:

„Über das Ergebnis in der Stadt Hoya bin ich am meisten enttäuscht.“

In diesem Zusammenhang hat der Abgeordnete Schlotmann politische Konsequenzen erwogen und unter anderem geäußert:

„Sowohl die CDU-Landtagsfraktion als auch die CDU-Kreistagsfraktion müssen sich überlegen, ob sie künftig solche Bereiche wie die Stadt Hoya noch so

massiv fördern wollen, wie das bisher geschehen ist ... Vielleicht sollte man künftig die Gelder dort zur Verfügung stellen, wo sie besser angelegt sind und wo dies auch honoriert wird.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Beurteilt sie das Wahlergebnis in der Stadt Hoya ähnlich wie der Abgeordnete Schlotmann? Und meint sie auch, daß aus dem ungünstigen Abschneiden der CDU Konsequenzen für das politische Handeln gezogen werden müssen?
2. Wird sie ihre künftige Förderpolitik daran orientieren, wie sich die Wähler entschieden haben?

3. Abgeordnete
Frau Hammelstein
(SPD)

Neonazistische Aktivitäten in Wolfsburg-Vorsfelde

In Wolfsburg, besonders im Stadtteil Vorsfelde, sind seit Jahren neonazistische Aktivitäten zu beobachten. Im September 1985 hat sich ein Kreisverband der Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei (FAP) gegründet. Lehrer und Lehrerinnen des Schulzentrums Vorsfelde, einige Sozialpädagogen der Freizeitheime u. a. stellen zunehmend Einflußversuche der Neonazis auf Jugendliche fest.

Als Fraktionssprecherin der SPD-Ortsratsfraktion habe ich im November 1985 im Ortsrat Vorsfelde beantragt, eine Analyse der Aktivitäten neonazistischer Gruppen/Parteien in Vorsfelde und ihre Einflüsse auf Schüler/Jugendliche durch ein geeignetes Institut vornehmen zu lassen. Dieser Antrag fand im Ortsrat eine Mehrheit und ging als Handlungsauftrag an die Stadtverwaltung Wolfsburg.

Nach mehrmaligem Nachfragen über die Entwicklung dieser Angelegenheit gab das Rechtsamt der Stadtverwaltung die Auskunft, daß weder die Stadt noch eine andere Stelle ermächtigt sei, derartige Analysen zu erheben, da die Verfassungsschutzbehörden hier eine ausschließliche Aufgabe vom Gesetzgeber erhalten haben. Nur die Verfassungsschutzbehörde besitze die erforderliche Erkenntnismöglichkeit, die der Geheimhaltung unterliege.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die Rechtsauffassung der Stadt Wolfsburg?
2. Welche Sachverhalte über die Aktivitäten der FAP sind ihr bekannt?
3. Wie beurteilt sie die Aktivitäten der FAP?

4. Abgeordneter
Hoffmann
(SPD)

Errichtung eines Solarinstitutes in Hameln

Nachdem die Landesregierung die Gründung eines Institutes für Sonnenenergieforschung beschlossen hatte, haben der ehemalige Innenminister und CDU-Landtagskandidat Möcklinghoff sowie Landrat Saacke (CDU) bei mehreren Gelegenheiten erklärt, daß die Stadt Hameln gute Aussichten habe, Standort dieses Institutes zu werden. Auch der Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Weert Börner, will laut „Deister- und Weserzeitung“ vom 4. Juli 1986 „bei Ministerpräsident Albrecht energisch darauf drängen, daß das geplante Institut für Solarforschung in der Rattenfängerstadt etabliert wird“.

Da die Errichtung eines solchen Institutes einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Lösung der strukturellen und Arbeitsmarktprobleme im Raum Hameln leisten könnte, frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, daß Hameln als Standort des neu zu errichtenden Solarinstitutes ernsthaft in Frage kommt?
2. Wann wird eine diesbezügliche Entscheidung getroffen, und wann ist mit der Errichtung des Institutes zu rechnen?
3. Welche Voraussetzungen hätte die Stadt Hameln ggf. für eine solche Institutsgründung zu schaffen?

5. Abgeordneter
Engels
(SPD)

Schulgeld in Schulen für soziale Berufe

In Niedersachsen müssen Schülerinnen/Schüler für die schulische Ausbildung in Schulen für soziale Berufe (z. B. Altenpflege) Schulgeld bezahlen. Das Schulgeld ist unterschiedlich bemessen und erreicht teilweise den Höchstsatz der Ausbildungsförderung. Erschwerend kommt hinzu, daß im allgemeinen entgegen den tariflichen Regelungen für die Praktikantenzeiten keine oder nur sehr geringe Vergütungen gezahlt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist diese Regelung nach ihrer Auffassung in sozialer Hinsicht und im Hinblick auf Gleichbehandlung mit anderen Berufsfeldern gerecht und verantwortbar?
2. Ist sie bereit, insbesondere für Schülerinnen/Schüler von Eltern mit geringem oder ohne Einkommen die Ausbildungskosten zu übernehmen?

6. Abgeordnete
Frau Langendorf
(Grüne)

Untersuchung landwirtschaftlicher Produkte auf radioaktive Belastungen

Das im Zeitraum nach der Tschernobyl-Katastrophe eingelagerte Winterfutter (insbesondere Silagen) wird von den Landwirten in absehbarer Zeit als Futter eingesetzt werden. Außerdem kommen bald Nahrungsmittel, z. B. Getreide, die dem radioaktiven Regen ausgesetzt waren, auf den Markt.

Um einen erneuten Anstieg insbesondere der Caesium-Werte in den Lebensmitteln, z. B. in der Milch, zu vermeiden oder zumindest kontrollierbar zu gestalten, sind erneut Untersuchungen hinsichtlich der radioaktiven Belastungen erforderlich.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wo können Erzeuger Ernteprodukte, Winterfutter, Milch- und Bodenproben auf radioaktive Belastungen hin untersuchen lassen?
2. Wie hoch sind die Kosten derartiger Untersuchungen, und ist die Landesregierung bereit, diese Kosten ganz oder teilweise zu übernehmen?
3. Wo sind Informationen über die derzeitige Belastung von Ernteprodukten, Winterfutter, Milchprodukten und der Böden zu bekommen?

7. Abgeordnete
Trittin,
Kempmann
(Grüne)

Neueste Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD

Im „Celler Sonntags-Kurier“ vom 8. Juni 1986 veröffentlichte dessen Redakteur Klaus Tänzer einen Artikel mit der Überschrift „Grüner Eintopf und Rote Grütze“. Hierin heißt es unter anderem: „Abschließend muß festgestellt werden: Die Grünen präsentieren sich als die Fortsetzung der verbotenen KPD mit anderen Mitteln.“ Eine mögliche Regierungsbeteiligung würde, so der Artikel, dazu führen, daß „die drittgrößte Industrienation der Erde zur grünen Hölle“ werde, „in der das rote Feuer wüte“. Der damalige und heutige stellvertretende Ministerpräsident und jetzige Innenminister, Herr Hasselmann, hat dem Verfasser dieser Zeilen laut „Celler Sonntags-Kurier“ vom 22. Juni 1986 für diesen und andere grünenfeindliche Artikel mit den Worten gedankt: „Herr Tänzer — das ist gar kein Zweifel —, das haben Sie prima gemacht ...“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Worin sieht sie Belege für eine Fortsetzung der Politik der verbotenen KPD durch die Grünen?
2. Welche Maßnahmen gedenkt der zuständige Innenminister gegen die Grünen als eine dann ja

ebenfalls verbotene Nachfolgeorganisation zu unternehmen?

3. Teilt die Landesregierung die Auffassung ihres stellvertretenden Ministerpräsidenten, daß die Veröffentlichung solcher Artikel „prima“ sei?

8. Abgeordneter
Dr. Hansen
(Grüne)

Zukunft des Babygeldes

Die Landesregierung kündigte noch im Jahre 1985 an, das Babygeld abschaffen zu wollen. Angesichts des nahenden Landtagswahlkampfes kündigte sie jedoch an, die Gewährung des Babygeldes fortsetzen zu wollen. Vorher angeführte Argumente, z. B. die Einführung des Erziehungsgeldes mache die Zahlung des Babygeldes überflüssig, wurden nicht mehr öffentlich angeführt. Nach der Landtagswahl ist jedoch auf Grund der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP eine Streichung des Babygeldes vorgesehen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie begründet sie ihren zweimaligen Meinungswandel bezüglich des Babygeldes?
2. Was hält sie nun eigentlich vom Instrument des Babygeldes?

9. Abgeordneter
Wernstedt
(SPD)

Ausführung eines Landtagsbeschlusses; hier: Aufklärung über den Nationalsozialismus

Im Januar 1985 hat der Niedersächsische Landtag einen Antrag zum Problem „Aufklärung über den Nationalsozialismus — seine Ursachen und Folgen“ verabschiedet (Drs 10/3659). In dieser EntschlieÙung werden verschiedene Aufforderungen an die Landesregierung gerichtet, die folgende Bereiche betreffen:

1. Wissenschaftliche Arbeiten und Materialien mit dokumentarischem Wert,
2. schulische und außerschulische Initiativen und Projekte,
3. die inhaltlich, fachlich und dem Lebensalter der Schüler angemessene Behandlung,
4. Bericht bis Ende des Jahres 1985 über den Stand der Forschung sowie über die sächlichen, personellen, institutionellen und rechtlichen Voraussetzungen für diese Forschung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Schritte hat die vorige Landesregierung ergriffen, und welche Schritte wird die jetzige Landesregierung ergreifen, um die im LandtagsbeschlulÙ vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen?

2. Warum hat sie bis heute keine Umfrage unter den einschlägig bekannten Wissenschaftlern und Einrichtungen unternommen, damit sie verlässliches Datenmaterial zur Verfügung hat?
3. Wie schätzt sie die Vorarbeiten hinsichtlich der Quellen, der Literatur und der tatsächlichen Forschungsergebnisse ein, die die beiden Bände des sog. Heimatgeschichtlichen Wegweisers zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung in Niedersachsen enthalten?

10. Abgeordneter
Trittin
(Grüne)

Erneute Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer wegen angeblicher Tätigkeit für die DKP

Mit Datum vom 7. 8. 1986 wurde der Lehrer K. O. Eckartsberg wegen der Übernahme eines DKP-Parteiamtes vorläufig vom Dienst suspendiert. Am 12. 8. 1986 wurden die Lehrerinnen H. Lange, I. Schachtschneider und D. Vogt ebenfalls durch die Landesregierung beurlaubt. Ihnen werden Kandidaturen zur Kommunalwahl beziehungsweise zum Landtag für die DKP oder der Besuch eines Pressefestes der Oldenburger DKP-Zeitung vorgeworfen. Nach Presseberichten wurde Frau Schachtschneider suspendiert, obwohl sie die vorgesehene Frist zur Stellungnahme nicht wahrnehmen konnte, weil sie im Urlaub war. Nach den gleichen Berichten hat die Landesregierung die Suspendierung bewußt in die Ferien gelegt, um „Unruhe an den Schulen“ zu vermeiden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe haben sie bewogen, zu diesem Zeitpunkt mit solch schwerwiegenden disziplinarischen Mitteln gegen die angesprochenen Personen vorzugehen?
2. Wie will sie ihr Vorgehen mit der von der Bundesrepublik unterzeichneten Konvention 111 des „International Labor Office“ vereinbaren, wonach niemand wegen seiner politischen Überzeugung beruflich benachteiligt werden darf?
3. Hält sie es für ein Zeichen von Liberalität und Ausgewogenheit, Kandidaturen für Verfassungsorgane mit Suspendierungen und Gehaltskürzungen zu sanktionieren, die Verbreitung von an NS-Propaganda erinnernden Thesen durch einen Richter hingegen mit folgenlosen Ermahnungen zu begleiten?

11. Abgeordneter
Bruns (Emden)
(SPD)

Einleitung ungeklärter Industrieabwässer aus der niederländischen Provinz Groningen in den Dollart („Smeerpipj“)

Berichten zufolge beabsichtigt die Verwaltung der Provinz Groningen, die Ableitung ungeklärter Industrieabwässer durch das Kanalsystem in den Dollart zu genehmigen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Treffen diese Berichte zu?
2. Ist sie der Meinung, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um eine weitere Belastung von Dollart und Ems zu vermeiden?
3. Welche Möglichkeiten wird sie nutzen, um allein oder in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auf die niederländischen Behörden zur Verhinderung der Pläne einzuwirken?

12. Abgeordnete
Frau
Hammerbacher-Richter
(Grüne)

Geplante Gründung einer privaten Medizinischen Hochschule in der Stadt Osnabrück

In der Stadt Osnabrück wird seit einigen Wochen über die Pläne einer „Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Lehre (GWL)“ diskutiert, die dort ab Herbst 1987 eine private Medizinische Hochschule betreiben möchte. Unabhängig von der (noch unbekannt) endgültigen Haltung, die die Stadt Osnabrück zu dieser Frage einnehmen wird, handelt es sich bei der Planung einer privaten Medizinischen Hochschule um eine landes- und hochschulpolitische Grundsatzfrage, zu deren Entscheidung auf Landesebene (Zulassung oder Ablehnung nach NHG) eine rechtzeitige und qualifizierte Meinungsbildung notwendig ist.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie die von der GWL geplante Finanzierung der Privathochschule durch Studiengebühren in der Höhe von 24000 DM pro Jahr unter den Gesichtspunkten der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit für alle studierwilligen Jugendlichen?
2. Welche Möglichkeiten der Kontrolle durch die Öffentlichkeit oder demokratisch gewählte Gremien beständen beim laufenden Betrieb einer Privathochschule in Bezug auf Lehr- und Forschungsinhalte, Berufungsverfahren und andere Angelegenheiten der Hochschule?
3. Welche Kosten und kostengleiche Belastungen könnten der öffentlichen Hand (Land und Kom-

mune) sowie den Trägern der Sozialversicherung durch staatliche oder kommunale Garantieleistungen und durch die geplante Nutzung der Kapazitäten der Universität Osnabrück und verschiedener örtlicher Krankenhäuser entstehen?

13. Abgeordnete
Dehn,
Schmalstieg
(SPD)

Medienstandort Niedersachsen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat es durch die Landesregierung mit den Veranstaltern SAT 1 bzw. RTL plus Verhandlungen über einen künftigen Standort dieser Veranstalter in Niedersachsen gegeben?
2. Welche weiteren möglichen Standorte sind im Bundesgebiet für die Veranstalter RTL plus und SAT 1 in der Diskussion?
3. Ist es zutreffend, daß die Landesregierung SAT 1 ein „lukratives Angebot“ für einen Medienstandort in Niedersachsen gemacht hat, worin bestand dieses Angebot und welche Kosten hätte es für das Land verursacht?

14. Abgeordneter
Kempmann
(Grüne)

Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland

Einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 1. 9. 1986 zufolge wurde in der CDU-eigenen „Niedersachsen Zeitung“ ein Plädoyer für die Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland abgedruckt. Auf der Titelseite dieser Zeitung prangte ein Kennzeichen D mit Krone.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Ist ihr diese Tatsache bekannt?
2. Hat sie veranlaßt oder wird sie veranlassen, daß die CDU Niedersachsen als Organisation, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, vom Verfassungsschutz beobachtet wird?
3. Wird sie gegen den Herausgeber der Zeitung sowie gegen den Verfasser des Artikels wegen Verunglimpfung staatlicher Symbole vorgehen?

15. Abgeordneter
Schörshusen
(Grüne)

Nicht abgeführter Gewinn der German Oil an das Land Niedersachsen

Das Land Niedersachsen und die Norddeutsche Landesbank haben sich nach dem Scheitern der Pläne zur Wiedereinbetriebnahme der stillgelegten Mobil-Oil-Raffinerie in Wilhelmshaven aus der German Oil

zurückgezogen. Nach Pressemeldungen hat der Mitteilhaber Marimpex und damit der Hamburger Ölhändler Gerd Lutter den Landesanteil von 65 % übernommen und wurde so alleiniger Anteilhaber der German Oil. Auf Grund eines Rohölliefervertrages in Höhe von 5 Millionen t, der zwischen April 1985 und dem 31. Mai 1986 zwischen der German Oil und der iranischen Ölgesellschaft N.I.O.C. abgewickelt wurde, müssen wegen der Abrechnung nach dem sogenannten Netback-Verfahren garantierte Gewinne in Millionenhöhe angefallen sein. Bisher war in den Verlautbarungen der Landesregierung nur die Rede davon, daß der Ausstieg aus der German Oil ohne Verluste vollzogen werden konnte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Gewinn, den die German Oil aus dem Rohölvertrag in Höhe von 5 Millionen t mit der iranischen N.I.O.C. erzielt hat?
2. Werden 65 % dieses Gewinns auf Grund des Landesanteils an der German Oil in den Landeshaushalt abgeführt? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Interessen verfolgt der durch Bruch des UN-Ölembargos gegenüber Südafrika bekanntgewordene Ölhändler Gerd Lutter mit dem Weiterbetreiben der von der Landesregierung gegründeten German Oil?

16. Abgeordneter
Bruns (Reinhausen)
(SPD)

Verteilung von Informationsbroschüren über SDI durch den Bundesminister der Verteidigung an Schul- und Jugendbüchereien in Niedersachsen

Am 1. September, dem Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges, erhielt die Gartetalschule in Gleichen (eine Grundschule) vom Bundesminister der Verteidigung eine umfangreiche Broschüre zugesandt, in der SDI bzw. die Strategische Verteidigungsinitiative von Präsident Reagan mit allen technischen Einzelheiten und militärstrategischen Gesichtspunkten erläutert und gerechtfertigt wird. Die 64 Seiten umfassende Dokumentation enthält zudem Stellungnahmen und Reden von Präsident Reagan, des US-Verteidigungsministeriums, von US-Verteidigungsminister Weinberger, von Bundeskanzler Kohl, vom Bundesminister der Verteidigung u. a. Die Dokumentation war an die „Jugendbücherei der Gartetalschule“ adressiert. Die Schule wurde aufgefordert, Sorge zu treffen, daß diese Dokumentation bzw. Broschüre den Jugendlichen zugänglich gemacht wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält sie es für tragbar, daß auf Veranlassung des Bundesministers der Verteidigung einer Jugendbücherei, die einer Grundschule und allen Jugendlichen im Einzugsbereich dieser Schule dient, eine derartige Rechtfertigungsbroschüre für SDI zugesandt wird mit dem ausdrücklichen Hinweis, diese Broschüre auch den Jugendlichen nahezubringen?
2. Glaubt sie, daß Jugendliche Inhalt und Problematik einer solchen Dokumentation über SDI überhaupt begreifen und kritisch bewerten können?
3. Wird sie den Bundesminister der Verteidigung auffordern, davon Abstand zu nehmen, Schulen und Jugendbüchereien unseres Landes mit militärstrategischen und verteidigungspolitischen Schriften zu beliefern?

17. Abgeordnete
Frau
Hammerbacher-Richter,
Frau Dr. Schole,
Dr. Hansen,
Trittin
(Grüne)

Aids-Erkrankte in Justizvollzugsanstalten

Die Landtagsfraktion DIE GRÜNEN hat aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß das Justizministerium beschlossen haben soll, im Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Lingen einen Isoliertrakt oder eine Isolierstation für die an Aids erkrankten Gefangenen einzurichten. Sämtliche Gefangenen des Landes Niedersachsen, die Virusträger/innen sind, sollen nach diesen Informationen dort konzentriert werden. Angeblich soll das Staatshochbauamt bereits vor Ort gewesen sein und sich angeschaut haben, welche baulichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Planung erforderlich wären.

Wir fragen deshalb die Landesregierung:

1. Wie weit ist diese Planung in konzeptioneller und bauplanerischer Hinsicht bereits fortgeschritten?
2. Wie begründet sie dieses „Projekt“?
3. Gibt es Absichten der Landesregierung oder anderer Einrichtungen oder Personen, die mit den Problemen von Aids-Erkrankten befaßt sind, auch andere Gruppen von Aids-Virusträgern/innen (z. B. Schulkinder) zu isolieren?

18. Abgeordnete
Frau Dr. Dückert
(Grüne)

Werftenkrise in Niedersachsen

Der niedersächsische Wirtschaftsminister hat auf der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer am 28. 8. 1986 gemeinsam mit den übrigen Küstenländern von der Bundesregierung eine Summe von 850 Millionen DM zur Überwindung der Werftenkrise gefordert. Die Konferenz hielt es für unabdingbar, daß der vom Verband der Deutschen Schiffbauindustrie, der Treuarbeit AG Hamburg und dem Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik Bremen vorgeschlagene Kapazitätsabbau mit ca. 10000 Arbeitsplatzverlusten vollzogen wird. 20 % der als Abbauförderungen vorgesehenen 350 Millionen DM aus Bundesmitteln sollen nach Auffassung des niedersächsischen Wirtschaftsministers nach Niedersachsen fließen. Neben dieser Forderung vertritt der Wirtschaftsminister in der Öffentlichkeit wiederholt die Auffassung, daß es in Niedersachsen z. Z. keine akuten Werftprobleme gibt und daß insbesondere die Lage der größten Werft Niedersachsens, der Emdener Thyssen Nordseewerke „in den nächsten fünf Jahren stabil bleiben wird“ („Emdener Zeitung“, 9. 9. 1986).

„In etwa auf einer Linie“ mit den norddeutschen Sanierungsvorschlägen sieht sich der EG-Kommissar K. H. Narjes, wenn er am 11. 9. 1986 in der „Emdener Zeitung“ für die EG neue, striktere Beihilferegulungen ankündigt, die einheitliche Beihilfeobergrenzen enthalten werden und für viele Werften (so Narjes) das „Aus“ bedeuten könnten. Überlebenschancen hätten hiernach die „leistungsfähigsten deutschen Unternehmen, die finanziell auch einigies Polster haben“.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Bei welchen niedersächsischen Werften/Standorten gibt es Bestrebungen zur Kooperation, ohne daß Arbeitsplatzverluste ausgeschlossen werden können?
2. Wodurch sieht sie den Erhalt des Standortes und der Arbeitsplätze der Thyssen Nordseewerke in Emden gesichert, angesichts der katastrophalen Finanzlage des Unternehmens, angesichts der fehlenden eindeutigen Standortzusage des Thyssenkonzerns (Essen) und der ungesicherten Auftragslage über 1986 hinaus?
3. Welche Auswirkungen hätte die Veränderung der EG-Richtlinien über Werftbeihilfen (insbesondere die einheitliche Obergrenze) für die niedersächsischen Werften?

19. Abgeordnete
Zempel,
Frau Goede,
Neese,
Engels,
Adam
(SPD)

Sicherung der Fährverbindung Wischhafen-Glückstadt

Laut Mitteilung des Bundesministers für Verkehr vom 7. 8. 1986 an den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Schwenk wurde bekannt, daß gemäß § 8 Absatz 1 Bundeswasserstraßen-Gesetz „das gesetzliche Handeln des Bundes darauf beschränkt ist, in den Bundeswasserstraßen den ordnungsgemäßen Zustand für den Wasserfluß und die Schiffbarkeit zu erhalten“.

Entgegen der Aussage des Bundesverkehrsministers müßte, um den Fährverkehr zwischen Wischhafen und Glückstadt (und umgekehrt) reibungslos durchführen zu können, der Bund jährlich finanzielle Mittel in Höhe von ca. 300 000 DM für die Sicherung des Fährverkehrs im Bundeshaushalt zur Verfügung stellen, dies umso mehr, als es sich um eine strukturschwache Region handelt. Der Bundesverkehrsminister lehnt diese jährliche Bereitstellung von Mitteln jedoch ab.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist sie bereit, in Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsminister auf die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Fährverkehrs zwischen Wischhafen und Glückstadt zu drängen, damit eine entsprechende Haushaltsstelle eingerichtet wird?
2. Ist sie bereit, ihrerseits entsprechende Finanzmittel bereitzustellen, falls der Bundesverkehrsminister bei seiner Ablehnung bleiben sollte?
3. Teilt sie die Auffassung, daß im Falle der Ablehnung von Finanzierungsmitteln zwecks Sicherung des Fährverkehrs zwischen Wischhafen und Glückstadt der Fährverkehr mittelfristig eingestellt werden müßte und damit der Region ein weiterer großer arbeitsmarkt- und verkehrspolitischer Schaden zugefügt würde, der verheerende Auswirkungen haben müßte?

20. Abgeordneter
Bruns (Emden)
(SPD)

Dammbau-Maßnahmen am Ems-Jade-Kanal in Emden

Das Wasserwirtschaftsamt Aurich plant, die Verstärkung der Dämme des Ems-Jade-Kanals im Ortsteil Uphusen der Stadt Emden so vorzunehmen, daß ein schwerer vermeidbarer Eingriff in die Natur stattfindet.

Ich frage die Landesregierung:

Ist sie bereit, ihre nachgeordneten Dienststellen zu veranlassen, die Maßnahme derart zu planen, daß die Gesichtspunkte des Umweltschutzes berücksichtigt werden?

21. Abgeordneter
Bruns (Reinhausen)
(SPD)

Benachteiligung bäuerlicher Familienbetriebe, die beim niedersächsischen Existenzsicherungsprogramm eine minimale Zusatzmilchquote zugeteilt erhielten

Die Landesregierung hatte in der vorausgegangenen Legislaturperiode ein sogenanntes Existenzsicherungsprogramm für bäuerliche Familienbetriebe eingeführt, die durch die einzelbetriebliche Milchquotenregelung infolge unzureichender Quote in Bedrängnis geraten waren. In der Regel erhielten die in diesem Existenzsicherungsprogramm berücksichtigten Betriebe eine zusätzliche Milchquote von 3 000 bis 5 000 kg. Nunmehr werden alle diese Betriebe durch Erlaß des Niedersächsischen Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 10. Juli 1986 von jeglicher Förderung durch das „Einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm“ (EFP) und durch das „Agrarkreditprogramm“ (AKP) ausgeschlossen. Diese Familienbetriebe beklagen deshalb eine finanzielle Einbuße und einen Nachteil, der die Zusatzquote, die geringfügig sei, um ein Vielfaches übersteige. Den betroffenen Landwirten ist nicht gestattet, durch Verzicht auf die Zusatzquote den Schaden zu beheben. Von den oben genannten Förderprogrammen werden auch alle Betriebe ausgeschlossen, die auf anderen Wegen zusätzliche Referenzmengen erhalten haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Steht sie weiterhin auf dem Standpunkt, daß die Existenz von bäuerlichen Familienbetrieben durch die Zuteilung einer zusätzlichen Milchquote von 3 000 bis 5 000 kg Milch gesichert wird?
2. Hält sie es für vertretbar, daß die Betriebe, die beim sogenannten Existenzsicherungsprogramm berücksichtigt wurden, nunmehr von Förderungen ausgeschlossen werden, die laut Erlaß des ML vom 15. April 1986 der Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen sowie der Einkommen dienen (EFP und AKP)?
3. Ist sie bereit, den angegriffenen Erlaß, der die Existenz bäuerlicher Familienbetriebe gefährdet, gänzlich oder zumindest hinsichtlich der Einbeziehung des sogenannten Existenzsicherungsprogramms aufzuheben?